

SP MIGRANTINNEN WAHLMANIFEST 2015



verabschiedet vom Kongress der SP MigrantInnen vom 9. Mai 2015 in Bern

Unsere Forderungen auf einen Blick:

1. DIE VIelfALT UNSERER GESELLSCHAFT MUSS SICH IM PARLAMENT ABBILDEN.....	1
2. FÜR CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG UND PFLEGE DER VIelfALT.....	2
3. FÜR FAIRE LÖHNE FÜR ALLE UND EINEN UMFASSENDEN SOZIALEN SCHUTZ.....	2
4. FÜR ERSCHWINGLICHEN WOHNRAUM FÜR ALLE	3
5. FREIHEITSRECHT DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT ERHALTEN UND MIT UMFASSENDEN BEGLEITMASSNAHMEN SCHÜTZEN	3
6. FÜR WELTOFFENHEIT, REISEFREIHEIT UND EINE SOLIDARISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK	4
7. AUSWEITUNG DER BÜRGERRECHTE UND POLITISCHE TEILHABE	5
8. KEINE HASSPROPAGANDA, KEIN RASSISMUS UND KEINE DISKRIMINIERUNG ALLER ART	5
9. FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ IN EINEM SOZIALEM EUROPA	6
10. INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND WELTWEITE FÖRDERUNG VON FRIEDEN, SOZIALER ENTWICKLUNG UND DEMOKRATIE ..	6

1. Die Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich im Parlament abbilden

Die grosse Vielfalt in unserer Gesellschaft fehlt in der Schweizer Politik. Sie berücksichtigt nicht, dass die Schweiz seit 1970 mehr als 1 Million Menschen eingebürgert hat; über 35% aller Ehen zwischen einer Person mit Schweizer Pass und einer Person ohne Schweizer Pass abgeschlossen werden; 36% der über 15 Jährigen (2 366 000 Personen) zu Hause eine andere Sprache als eine der vier Landessprachen sprechen; von 46% der Schweizer Wohnbevölkerung mindestens ein Elternteil ausserhalb der Schweiz zur Welt kam: Diese Vielfalt bildet sich in Regierung, Behörden, Parlament und Gerichten kaum ab. Das muss sich ändern.

Wir MigrantInnen sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir gehören zur schweizerischen Gesellschaft wie alle anderen auch. Wir tragen durch unsere Arbeit, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zum Wohlstand und Wohlergehen der Schweiz bei. Wir bereichern die Kultur durch die Vielfalt unserer Sprachen, Erfahrungen und weltumspannenden Netzwerke. Wir können und wollen auf allen Ebenen und in allen Behörden politische Mitverantwortung tragen.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Wir SP MigrantInnen fordern eine angemessene Vertretung im National- und Ständerat. Wir stellen uns im Oktober 2015 auf zahlreichen SP Listen zur Wahl. Wir fordern die Wählerinnen und Wähler auf, gezielt SP MigrantInnen zu wählen. Die grosse Vielfalt in unserer Gesellschaft muss sich endlich auch in den eidgenössischen Räten abbilden.
- Wir fordern die SP und alle anderen Parteien auf, uns MigrantInnen anlässlich der Wahlen 2015 eine Chance zu geben, uns in unserem Wahlkampf zu unterstützen und unsere Anliegen und Bedürfnisse in sämtlichen politischen Sachbereichen und Positionsbezügen angemessen zu berücksichtigen.
- Wir wollen auf allen Staatsebenen und in sämtlichen Behörden politisch mitreden und mitentscheiden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine eigene Repräsentanz auf oberster nationaler Ebene zentral. Deshalb gilt: MigrantInnen gehören in den National- und Ständerat!

2. Für Chancengleichheit in der Bildung und Pflege der Vielfalt

Bildung ist für die persönliche Entwicklung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, eine zwingende Voraussetzung. Gut ausgebildete, kritische Bürgerinnen und Bürger sind gleichzeitig zentral für unsere Demokratie, Wohlfahrt und Leistungsfähigkeit.

Kinder aus Familien mit sozialen Problemlagen oder aus fremdsprachigen Familien dürfen nicht benachteiligt werden. Sonst produzieren wir eine Generation gering qualifizierter und unzufriedener junger Menschen, die nur auf grossen und für alle Beteiligten weit kostspieligeren Umwegen den Zugang zum Arbeitsmarkt finden.

Bildung umfasst auch die Aus- und Weiterbildung. Eine qualitativ hochstehende Bildung und die Durchlässigkeit des Systems bilden eine zentrale Voraussetzung für Chancengerechtigkeit, damit alle ihren Weg gehen können, unabhängig von ihrer Herkunft.

Der Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) ist für alle Beteiligten eine grosse Bereicherung. Alle profitieren, wenn der sprachliche und kulturelle Reichtum der MigrantInnen gepflegt und weiterentwickelt wird. Dennoch berücksichtigt das öffentliche Bildungswesen in der Schweiz den HSK-Unterricht nur ungenügend.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- In der Volksschule braucht es verstärkte Anstrengungen, damit alle Kinder die gleichen Chancen wie Kinder aus bildungsnahen und landessprachigen Familien erhalten.
- Es braucht mehr MigrantInnen in Lehrberufen und in leitenden Positionen. Sie können als Vorbilder und Brückenbauer eine wichtige Rolle einnehmen und zur Verbesserung der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen beitragen.
- Die Jahrzehnte alte gewerkschaftliche Forderung der Übernahme der finanziellen, organisatorischen und pädagogischen Verantwortung für den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) durch die öffentliche Schule muss endlich umgesetzt werden. Sprachenvielfalt und multikulturelle Kompetenzen sind ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.
- Alle MigrantInnen sollen die Möglichkeit zur nachholenden Berufsbildung haben. Dazu muss die Bildungspolitik flexibler werden und Möglichkeiten bieten. Auch bei der nachholenden Bildung ist die Wirtschaft in der Pflicht.
- Bildung ist die beste Sozialhilfe. Es macht keinen Sinn, junge und erwerbsbereite Menschen – unter ihnen besonders viele MigrantInnen – in die Sozialhilfe abzuschieben. Vielmehr braucht es verstärkte Anstrengungen, durch Bildung und Weiterbildung und angepasste Arbeitsplätze eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.
- Wir haben sehr gut ausgebildete MigrantInnen in der Schweiz, deren Potential brach liegt. Unternehmen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die MigrantInnen darin unterstützen und motivieren, dass sie in ihrem gelernten Beruf arbeiten und sich weiterbilden können. Davon profitieren sowohl die MigrantInnen als auch die Wirtschaft.
- Die grenzüberschreitende gegenseitige Anerkennung von Diplomen muss verbessert werden. Es braucht einen einfachen und kostengünstigen Weg, um ausländische Diplome in der Schweiz anerkennen zu lassen.

3. Für faire Löhne für alle und einen umfassenden sozialen Schutz

Seit jeher Anwältin der sozialen Gerechtigkeit, kontert die SP heute die offenen oder hinterhältigen Attacken auf Menschen, die vorübergehend oder dauerhaft auf das soziale Auffangnetz angewiesen sind. Alle, die unter Armut, Not oder gesellschaftlichem Ausschluss leiden, sollen vom Sozialstaat Unterstützung und Schutz erwarten dürfen. Statt sozial Schwächere zu stig-

matisieren und auszugrenzen, müssen die Probleme an der Wurzel gepackt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Arbeit muss sich lohnen. Es darf keine Löhne geben, die niedriger sind als die Sozialhilfe. Jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit haben, mit der eigenen Erwerbsarbeit die Existenz zu sichern. Dazu braucht es gesetzliche oder aufgrund von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) bindende Mindestlöhne von mindestens 4000 Franken monatlich.
- Am gleichen Ort muss gleichwertige Arbeit gleich entlohnt werden. Es braucht griffige Massnahmen gegen Lohndiskriminierungen aufgrund von Herkunft, Nationalität, Geschlecht und sexueller Orientierung.
- Wir stehen für starke Sozialversicherungen und sichere Renten für alle. Wir lehnen jeden Versuch ab, zu Fürsorgelösungen zurückzukehren. Dies führen nur zur Ausgrenzung der Schwächsten.
- Jedes Individuum, das unter Armut, prekären Verhältnissen oder gesellschaftlichem Ausschluss leidet, soll vom Sozialstaat Unterstützung und Schutz erwarten dürfen. Wir stehen für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Errungenschaften. Sie sind unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität von uns allen.
- Versicherer dürfen nicht ganze Gruppen schlechter stellen. Die pauschale Schlechterstellung von MigrantInnen in den Fahrzeugversicherungen ist diskriminierend und gehört abgeschafft.

4. Für erschwinglichen Wohnraum für alle

Wir setzen uns dafür ein, dass genügend bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume zur Verfügung stehen. Die Belastung der Haushaltbudgets durch die Mieten muss endlich gesenkt werden. Der ständigen Preissteigerung des Bodens, die durch Spekulation noch verschärft wird, muss die öffentliche Hand entgegenreten.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Städte mit akuter Wohnungsnot und markanten Preissteigerungen sollen Zonen für den Wohnungsbau nach dem Grundsatz der Kostenmiete definieren und so für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen kostengünstigen Wohnraum sicherstellen.
- Städte und Gemeinden müssen aktiv nach Gelegenheit suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden.
- Es braucht eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonen gemäss dem revidierten Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Schaffung von zahlbarem Wohnraum zu verwenden.

5. Freiheitsrecht der Personenfreizügigkeit erhalten und mit umfassenden Begleitmassnahmen schützen

Dank der Personenfreizügigkeit ist es heute jederzeit möglich, in irgendeinem Mitgliedstaat der EU oder der EFTA Arbeit anzunehmen und sich zu diesem Zweck niederzulassen. Dieses wunderbare Freiheitsrecht der Arbeitnehmenden wollen die SP MigrantInnen erhalten und vertiefen. Allerdings werden heute Gewinn und Kosten der Personenfreizügigkeit ungleich verteilt. Während die Volkswirtschaft als Ganzes profitiert, müssen einzelne Gruppen Kosten wie Lohndruck, hohe Wohnmieten an den Brennpunkten des Wachstums und Investitionen in

neue Infrastrukturen (Schulhäuser, Strassen usw.) allein schultern. Die Ungleichverteilung von Gewinn und Kosten belastet politisch die Personenfreizügigkeit und gesamte Europapolitik. Das in der Schweiz seit dem Volksentscheid vom 9. Februar 2014 geprüfte Kontingentsssystem brächte keine Besserung. Vielmehr hätte es verheerende Auswirkungen.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Die Personenfreizügigkeit muss als Freiheitsrecht aller Arbeitnehmenden in den EU- und EFTA-Staaten erhalten und schrittweise auf weitere Staaten ausgeweitet werden.
- Wir werden alle Versuche, zu Kontingenten oder gar zu einem Saisonierstatut zurückzukommen, mit unserer ganzen Kraft bekämpfen. Kontingente sind ein bürokratisches Monster und die Verweigerung des Familiennachzuges verstösst zutiefst gegen die Menschenwürde.
- Die Personenfreizügigkeit muss so flankiert werden, dass sie dem Wohle aller dient und nicht bloss dem Interesse einiger weniger. Dazu braucht es tiefgreifende innere Reformen: Flankierende Schutzmassnahmen im Arbeitsmarkt, im Wohnungsmarkt, in der Raumplanung, der öffentlichen Infrastruktur und in der Bildungspolitik müssen dafür sorgen, dass alle am Erfolg der Personenfreizügigkeit teilhaben statt nur einige Wenige.

6. Für Weltoffenheit, Reisefreiheit und eine solidarische Flüchtlingspolitik

Einwanderung ist für die Schweiz aus vielfachen Gründen vorteilhaft. Ohne Einwanderung würden schon heute ganze Wirtschaftszweige und das Bildungs- und Sozialsystem in grosse Schwierigkeiten kommen. Die SP MigrantInnen stehen für eine Politik ein, welche die Chancen der Migration betont und dazu beiträgt, Kosten und Risiken, die mit jeder Migration verbunden sind, möglichst zu vermindern und gerecht zu verteilen. Auftretende Probleme können nicht durch Ausgrenzung und Diskriminierung gelöst werden, sondern erfordern im Gegenteil den gegenseitigen Respekt und den Willen zur Zusammenarbeit durch alle Beteiligten.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Es müssen neue Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen ausserhalb der EU- und EFTA-Staaten geschaffen werden wie Jugendaustausch, Praktika, Bildungsaufenthalte, grosszügige Kontingente, bilaterale Freizügigkeitsabkommen usw.
- An Leib und Leben und persönlicher Freiheit gefährdete Menschen brauchen unseren Schutz. Wir stehen für eine offene und solidarische Asylpolitik ein.
- Die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer darf nicht zu einem Ausbau der Festung Europa und einem repressiven Asylregime führen. Vielmehr hat Europa die gemeinsame Aufgabe und Verantwortung, Menschenleben zu retten und allen Flüchtlingen ein faires Asylverfahren anzubieten. Auch die Schweiz ist aufgerufen, zum Aufbau eines solidarischen und gerechten Verteilsystems innerhalb des Dublinabkommens beizutragen.
- Dank Schengen können heute in Europa täglich Millionen von Menschen die Landesgrenzen frei von bürokratischen Schikanen überschreiten. Diese gesamteuropäische Reisefreiheit muss erhalten, ausgebaut und die Sicherheit unter Wahrung der Grundrechte geschützt werden.
- Es braucht einen einfachen und kostengünstigen Weg, um ein Visum zum Besuch von Angehörigen oder zur Durchführung kultureller Veranstaltungen zu erlangen.
- Für Sans-Papiers, die schon lange in der Schweiz sind und sich hier gut integriert haben, soll eine Legalisierungsmöglichkeit, die deutlich über die heutigen kantonalen Härtefallregelungen hinausgeht, geschaffen werden.

7. Ausweitung der Bürgerrechte und politische Teilhabe

Die grosse internationale Mobilität erfordert neue grenzüberschreitende Formen der Demokratie. Heute ist die Demokratie territorial gebunden: an die Gemeinde, den Kanton, den Nationalstaat. Im globalisierten 21. Jahrhundert gilt es neue Formen der grenzüberschreitenden politischen Einflussnahme und Teilhabe zu entwickeln. Alle Niedergelassenen, die Steuern bezahlen und öffentliche Einrichtungen beanspruchen, sollen politische Mitverantwortung übernehmen und die vollen Bürgerrechte geniessen können. Gleichzeitig wollen wir alle auch auf die internationale Ebene Einfluss nehmen können. Weil viele MigrantInnen mit ihrem Heimatland verbunden bleiben, sollen sie auch dort politische Rechte wahrnehmen können.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Es gibt keine erfolgreiche Integration ohne demokratische Mitwirkungsrechte und politische Teilhabe. Wir setzen uns für die rasche Einbürgerung von dauerhaft Ansässigen unter allfälligem Beibehalt der bisherigen Staatsbürgerschaft ein.
- Über 160 Jahre nach der Schaffung des Bundesstaates ist es überfällig, die bestehende Dreistufigkeit im Bürgerrecht – Gemeinde, Kanton, Bund – zu überwinden. Es braucht eine einheitliche schweizerische Staatsbürgerschaft auf der Grundlage des Geburtsprinzip (ius soli). Das Bürgerrecht soll allen Personen zustehen, die in der Schweiz geboren sind oder sich dauerhaft niedergelassen haben.
- Wir wollen dem demokratischen Grundsatz Nachachtung verschaffen, dass alle, die politischer Herrschaft unterworfen sind, Mitbestimmungsrechte haben. Deshalb ist das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf alle niedergelassenen EinwohnerInnen der Schweiz auf allen politischen Ebenen auszuweiten.

8. Keine Hasspropaganda, kein Rassismus und keine Diskriminierung aller Art

Der Diskriminierungsschutz in der Schweiz ist ungenügend und weit schwächer als etwa in der EU. Ein Diskriminierungsverbot muss umfassend ausgestaltet werden. Zusätzlich braucht es präventive Massnahmen zur Vorbeugung von Diskriminierungen namentlich am Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und im Versicherungswesen.

Weit unterentwickelt ist auch die Reaktion von Staat und Gesellschaft auf die rasch zunehmende Welle von Hasspropaganda und Rassismus im Internet. Diese richtet sich gegen bestimmte Personen und Gruppen und zielt darauf, diese zu beleidigen, auszugrenzen, zu benachteiligen oder gar offen Gewalt gegen die betroffene Gruppe auszulösen.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Wir bekämpfen jede Form von Ethnisierung und Konfessionalisierung. Wir wehren uns dagegen, Konflikte um soziale, wirtschaftliche und politische Fragen als Konflikte zwischen ethnischen Gruppen oder Religionen darzustellen.
- Seit der Aufklärung bilden die Menschenrechte die Grundlage unserer Gesellschaft. Die SP MigrantInnen setzen jeglicher Form des religiösen Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen, das von der Würde und Freiheit des Individuums ausgeht und dieses zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet.
- Die Islamophobie erfüllt uns mit grosser Sorge, ebenso die Wiederbelebung des Antisemitismus. Der Religionsfriede ist ein hohes Gut und unverzichtbare Grundlage des öffentlichen Friedens. Fundamentalismus und Ausgrenzung dürfen keine Chance haben – gegen wen auch immer sie sich richten.
- Staat und öffentliches Bildungswesen sollen gegenüber allen Religionen strikte Neutralität wahren, auf Vorgaben zum «richtigen» Glauben verzichten und in öffentlichen Gebäuden und Schulen die Zurschaustellung religiöser Symbole unterbinden.

- Die Anonymität im Internet führt zu schlimmen Auswüchsen. Deshalb braucht es vermehrte Kontrollen und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verbreitung von Hasspropaganda im Internet. Zudem fordern wir entsprechende Sensibilisierungskampagnen und vermehrte Bildungsanstrengungen zum sicheren Umgang mit digitalen Medien.
- Diskriminierungen aller Art müssen gesetzlich verboten werden. Wir setzen uns ein, dass keine Diskriminierung innerhalb und zwischen den verschiedenen Minderheiten unserer Gesellschaft vorkommt. Darüber hinaus braucht es staatliche und nichtstaatliche Massnahmen und Projekte, damit Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und im Zugang zu Bildungseinrichtungen vorsorglich und repressiv bekämpft und nachweislich abgebaut werden können.

9. Für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa

Die SP MigrantInnen beteiligten sich 2014 aktiv an der Wahlkampagne zum Europäischen Parlament, denn eine soziale Schweiz gibt es nur in einem sozialen Europa. Wer nur einen Schweizer Pass besitzt, hat leider nichts zur politischen Zukunft von Europa zu sagen. Viele MigrantInnen gehören aber zu jenen 21% der Schweizer Wohnbevölkerung, die das Recht besitzen, an europäischen Wahlen teilzunehmen. Wir nahmen unsere Verantwortung wahr und setzten uns dafür ein, dass Europa endlich das Ruder herumreisst und gegen das dramatische Investitionsdefizit und die inakzeptabel hohe Arbeitslosenquote in vielen EU-Mitgliedstaaten vorgeht.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Der antieuropäische Nationalismus ist brandgefährlich. Wir wehren uns gegen alle Bestrebungen, die EU zu schwächen. Ebenso wehren wir uns gegen jede Form von Kolonialismus und Unterdrückung. Vielmehr wollen wir den europäischen Integrationsprozess auf dem gesicherten Boden der europäischen Wertegemeinschaft vertiefen und weiterentwickeln. Unser Ziel ist und bleibt ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa im Dienste aller. Das Grundprinzip, dass gleichwertige Arbeit am gleichen Ort gleich hoch entlohnt wird, muss europaweit verankert werden.
- In dieser Perspektive stehen die SP MigrantInnen für die Weiterentwicklung der guten, vertraglich geregelten Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Die politischen Mitwirkungsrechte der Schweiz auf europäischer Ebene müssen ausgebaut, die Personenfreizügigkeit nicht weniger frei, sondern fairer ausgestaltet und auch die erforderlichen inneren Reformen in der Schweiz energisch angepackt werden. Denn die Fortsetzung der Öffnungspolitik gelingt vor dem Volk allein dann, wenn deren Früchte gerecht verteilt und deren unerwünschte Folgen wirksam minimiert werden.

10. Internationale Solidarität und weltweite Förderung von Frieden, sozialer Entwicklung und Demokratie

Die Mitglieder der SP MigrantInnen verfügen dank ihren Sprachkenntnissen und ihren vielfältigen Beziehungen zu einem oder mehreren Herkunftsländern über Ressourcen, die für eine aktive und kenntnisreiche internationale Solidaritätsarbeit besonders wertvoll sind. Die Unternehmen und das Finanzkapital sind längst international organisiert. Es ist höchste Zeit, dass auch jene, die für Menschenrechte, gewaltfreie Konfliktlösung sowie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit eintreten, sich international wirksam vernetzen.

Dafür stehen die SP MigrantInnen ein:

- Internationale Solidaritätsarbeit und ein neuer progressiver Internationalismus können und sollen dazu beitragen, die negativen Folgen der Globalisierung wirksam zu bekämpfen und Wirtschaft und Finanz das Primat der Politik entgegenzustellen.

- Wir wollen unsere Fähigkeiten, Kenntnisse und Ressourcen verstärkt in die internationale Zusammenarbeit der Schweiz einbringen. Das grosse Potenzial der MigrantInnen in der Schweiz und die bedeutenden Finanzmittel, die wir unseren Angehörigen in den Heimatländern überweisen, müssen verstärkt zu dessen Entwicklung beitragen. Dafür sind wir auf aktive Unterstützung durch die öffentliche internationale Zusammenarbeit angewiesen.
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen und bei Bedarf zwischenstaatliche Abkommen abschliessen, damit die in der Schweiz wohnhaften MigrantInnen frei von bürokratischen Hürden ihr aktives und passives Wahlrecht in ihren Heimatländern ausüben und sich dort an kommunalen und nationalen Wahlen beteiligen können. Der Bundesrat muss auch gegenüber der EU sicherstellen, damit sämtliche EU-BürgerInnen in der Schweiz einfach und direkt an den Wahlen ins Europäische Parlament 2019 teilnehmen können.
- Die soziale Sicherheit muss für sämtliche MigrantInnen unabhängig vom Wohnort und auch im Falle der Rückkehr gewährleistet sein. Die Schweiz muss ihr Vertragsgeflecht für soziale Sicherheit ausbauen und sicherstellen, dass auch im Falle der Rückkehr Renten vollumfänglich ausbezahlt werden.
- Wir fordern den schweizerischen Bundesrat auf, sich weit stärker als bisher für die Menschenrechte, die Demokratie, die gewaltfreie Konfliktlösung, die soziale Entwicklung und ökologische Nachhaltigkeit in unseren Heimatländern einzusetzen als bis anhin.

→ Darüber hinaus unterstützen die SP MigrantInnen selbstverständlich [die 10-Punkte-Wahlplattform 2015 der SP Schweiz!](#)